

Daten-Autobahn ohne Verkehr?

Oberösterreichs Technologie-Netzwerk wird schrittweise geknüpft werden

Das ehrgeizige Projekt eines Hochleistungs-Netzwerks, das Technologieknoten in Oberösterreich verbindet und modernste Datenübertragung erlaubt, wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Einerseits wissen noch viele der potentiellen Kunden nicht recht, was sie damit anfangen könnten. Andererseits scheut die Landespolitik davor zurück, mit hohen Kosten eine Daten-Autobahn zu bauen, auf der sich - zumindest anfangs - kaum Verkehr abspielen würde. Reale Chancen hat daher ein schrittweiser Aufbau des Netzes.

Die Errichtung eines solchen Hochleistungsnetzes ist die logische Fortsetzung des Konzepts, in Oberösterreich eine Anzahl von Technologie-Zentren zu schaffen. Das Leitungsnetz, das sie verbinden soll, wäre dann so etwas wie der zentrale Nervenstrang, das Rückenmark, durch das erst aus einer Menge isolierter Knoten ein Netzwerk würde. Dessen Teilnehmer hätten praktisch weltweiten Zugriff zu hochrangigen Informationsquellen, könnten moderne Dienste wie Videokonferenzen nutzen oder dezentrale Bildverarbeitung in Echtzeit betreiben, und was es da an Visionen noch mehr gibt.

In der Vision stimmen alle Beteiligten überein, aber an der Verwirklichung scheiden sich die Geister. Informatiker Bruno Buchberger, von dem die Grundidee stammt, drängt darauf, diese Daten- Autobahn zu bauen, weil allein ihr Vorhandensein Verkehr schaffen würde. Eine Studie des Rechenzentrums der Universität Linz im Auftrag von Wirtschaftslandesrat Christoph Leitl kam zu dem Schluß, daß dafür am besten geeignet ein privates Glasfasernetzwerk wäre, auf dem ATM-Technologie mit einer Übertragungsleistung von 155 Mbit eingesetzt wird.

"Diese große Lösung würde 200 Millionen Schilling kosten", zeigt Wirtschaftspolitiker Leitl den aus seiner Sicht kritischen Punkt auf. Er hat daher aufgehört, als ihm von der Post signalisiert wurde, man könne - bei annähernd gleicher Leistung - das Projekt auch billiger verwirklichen. Bei der Kostenschätzung der Universitäts-Studie hakt auch Hofrat Dipl.-Ing. Johann Soukup ein, Leiter der Fernmeldeabteilung der Postdirektion: "Die Studie kommt zum Schluß, das Netz könnte zwar mit der Post verwirklicht werden, aber zu teuer. Sie rechnet aber falsch. Ein Vergleich mit dem Telefon: Wenn ich 1000 Teilnehmern habe und jedem ein volles Wählamt zur Verfügung stelle, ist das auch horrend teuer. Weil wir aber wissen, daß nicht alle Teilnehmer zugleich und gleich intensiv telefonieren, kommen wir mit kleineren Einheiten aus."

Entscheidend für den Nutzen eines solchen Netzes sind nach Ansicht Soukups zwei Faktoren: Es muß ein Wählsystem sein, jeder Teilnehmer muß also, unabhängig von den verwendeten Geräten, jeden anderen Teilnehmer anwählen können. Und: "Das Backbone-Netz steht und fällt mit den angebotenen Anwendungen", betont Soukup. Diese Aufgabe würde nicht die Post übernehmen, sondern eine Betreibergesellschaft.

Die Anwendungen sind auch für den Geschäftsführer der vom Land damit beauftragten TMG, Mag. Karl Pistl, die Schlüsselfrage: "Ich muß mit Bandbreite ja auch was anfangen können, nämlich den Unternehmen Services anbieten." Bisher hat sich aber gezeigt, daß vor allem kleine Unternehmen nicht recht wissen, wie sie eine "Daten- Autobahn" nutzen könnten. Bedarf der Wirtschaft wird erhoben

Eine Befragung bei rund 900 Unternehmen soll bis Jahresende Aufschluß geben, woran Bedarf bzw. Interesse besteht. Dann könnte eine Betreibergesellschaft gegründet werden, die von der Post die Bandbreiten mietet und Marketing, Betrieb und finanzielle Abwicklung übernimmt.

So zeichnet sich ab, daß mit einem Zwischenschritt begonnen wird, bei dem nicht alle möglichen Knoten sofort eingebunden werden. Auch die Übertragungsleistung würde bei 2 Mbit beginnen, könnte aber bei Bedarf ohne technische Probleme und ohne größeren Verlust der Anfangsinvestitionen auf z. B. 34 und später 155 Mbit erweitert werden. Eine Vorentscheidung könnte schon Anfang September fallen.